

Allgemeine Kapitaltheorie und „Schuldenkrise“ am Beispiel Griechenlands

Es scheint ja mittlerweile so, als seien die Schulden Griechenlands und das Beharren der Gläubiger auf Tilgung und Zinszahlung die Ursache des ökonomischen Niedergangs und des sich breit machenden sozialen Elends. Schulden werden jedoch im Kapitalismus erst dann ein Problem, wenn die Schuldner zahlungsunfähig sind. Da die primäre (Geld-)Einkommensquelle in allgemeiner Warenproduktion eben der erfolgreiche Verkauf von Waren ist und nicht der Kredit, tritt Zahlungsunfähigkeit dann ein, wenn kapitalistische und kleine WarenproduzentInnen sowie LohnarbeiterInnen ihre Waren nicht oder in zu geringem Umfang verkaufen können.

Was den Staat anbetrifft, so ist auch seine primäre Einkommensquelle nicht der Kredit, den er sich auf den Finanzmärkten besorgt, sondern es sind die Steuern, die er bei WarenproduzentInnen und Lohnarbeitern eintreibt. Sinken deren Einkommen, so sinken auch die Steuereinnahmen des Staates; werden sie zahlungsunfähig, so droht auch dem Staat der Bankrott.

Die „Schuldenkrise – ob privat oder öffentlich - verweist jedenfalls auf Ursachen, die nicht auf den Finanzmärkten und beim Finanzkapital zu finden sind“. Die „Schuldenkrise“ verschärft nur die Widersprüche der kapitalistischen Warenproduktion, die zum Eklat drängen.

I.

Folgt man **der allgemeinen Kapitaltheorie** von Marx, der durch ihn entwickelten Kritik der Politischen Ökonomie, dann sind die Krisen des Kapitals jeweils auch Ausgangspunkte für neues Wirtschaftswachstum. Was die Krise bewirkt, wie sie überwunden wird, verweist zugleich auf deren Ursachen:

Der Weg aus einer allgemeinen Wirtschaftskrise des Kapitals vollzieht sich nur auf der Basis von Kapitalentwertung und Kapitalvernichtung einerseits sowie Steigerung des Ausbeutungsgrades der Lohnarbeit andererseits.

- Das bedeutet einerseits, dass **der Tauschwert** des akkumulierten Kapitals sinkt (ob akkumuliert in sogenannten „Sachanlagen“ oder in „Wertpapieren“ - also in Formen des fiktiven Kapitals) und das Produktionsanlagen stillgelegt werden.
- Das bedeutet andererseits, dass der Tauschwert der Ware Arbeitskraft – die Lohn – sinkt, dass der Arbeitstag der reduziert beschäftigten LohnarbeiterInnen verlängert, die Arbeit selbst verdichtet und die Produktivität der Arbeit gesteigert wird.

Die Preise aller Waren oder doch wenigstens der meisten Waren sinken in der Krise. Also sinkt **der Tauschwert der Waren**. In diesem Prozess setzt sich **das Gesetz des Wertes** durch; zeigt sich, dass die Arbeitszeit das Maß des Tauschwertes ist.¹

Darin drückt sich aus die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit, die durch Investition und technische Innovation während der Aufschwungphase nach der letzten Krise, erzeugt wurde. Die durchschnittliche Preishöhe der Waren im neuen Zyklus liegt unter der des vorangegangenen Zyklus. Zu Beginn des neuen Zyklus ermöglichen die niedrigen Preise die „Räumung des Marktes“, den Verkauf von zuvor unverkäuflichen Waren.²

Das ist die Basis für einen ökonomischen Aufschwung aus der Krise. Und diese Wirkungen der kapitalistischen Krise verweisen zugleich auf deren Ursachen: für die gegebenen Verwertungsbedingungen, den gegebenen Ausbeutungsgrad von Lohnarbeit gibt es zu viel Kapital

¹ „Geld als Wertmaß ist notwendige *Erscheinungsform des immanenten Wertmaßes der Waren, der Arbeitszeit*.“ MEW Bd. 23, S. 109

² In der „Schuldenkrise“ setzt sich ebenfalls das Gesetz der Wertes in Bezug auf die Größe des Tauschwertes durch. Hier trifft es nicht den Tauschwert der Waren, sondern den Tauschwert des Kapitals, dass in den Formen des fiktiven Kapitals auf den Finanzmärkten als Ware gehandelt wird. In der „Schuldenkrise“ und den damit verbunden Entwertungen des fiktiven Kapitals, wird die Verselbständigung des Geldkapitals gegenüber dem „wirklichen Kapital“ wieder aufgehoben, die Einheit des Zusammengehörigen gewaltsam wieder hergestellt.

in allen seinen Formen! (Überproduktion und Überakkumulation)

Irgendwelche staatlichen Interventionen durch „Konjunkturprogramme“ etc., Maßnahmen der Zentralbanken – wie Senkung der Leitzinsen zur Verbilligung von Krediten etc. - wirken nur auf dieser Basis. Ist Kapital nicht in ausreichendem Maße entwertet, ist der Ausbeutungsgrad der Lohnarbeit nicht ausreichend gesteigert, dann wirken all diese Maßnahmen nicht und das durch diese Interventionen angestrebte Wirtschaftswachstum bleibt aus.

Aus gesagtem geht hervor, dass in einer allgemeinen Wirtschaftskrise beide Seiten verlieren: Kapital und Lohnarbeit! Von daher ist die Parole „Wir zahlen nicht für eure Krise“! ein frommer Wunsch, solange eben die Produktionsverhältnisse bleiben wie und was sie sind.³ Die Krise selbst beseitigt nicht das Kapitalverhältnis und sie bricht nicht die Macht des Kapitals. Eher das Gegenteil ist der Fall, wenn soziale Revolution dem Produktionsverhältnis kein Ende bereitet: Die Macht des Kapitals über die Lohnarbeit nimmt vielmehr im Verlauf der Krise zu, wo bewusster Kampf das Produktionsverhältnis selbst nicht beseitigt!

II.

Jede allgemeine Wirtschaftskrise produziert nach den Gesetzen der Konkurrenz Gewinner und Verlierer unter den KapitalbesitzerInnen.

„Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz, wie sich bei der Ausgleichung der allgemeinen Profitrate gezeigt, als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen, wieweit er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und dem der Kapitalistenklasse macht sich dann geltend, ebenso wie vorher die Identität dieser Interessen sich durch die Konkurrenz praktisch durchsetzte.“

MEW Bd. 25, S. 263

Diese Verwandlung der Konkurrenz in eine Veranstaltung der „Verlustzuweisung“ - „dem anderen auf den Hals schieben“ - gilt für die auf nationalen und internationalen Märkten agierenden Einzelkapitale, und sie gilt ähnlich auch für die Nationalökonomien, also für die Konkurrenz von Gesamtkapitalen in ihrer politischen Form.

Je schärfere Formen diese „Verlustzuweisungen“ annehmen, je schmerzhafter ihre sozialen Auswirkungen, desto mehr erscheinen sie selbst als Ursache der sozialen Misere. Das gilt sowohl in Bezug auf die Konkurrenz der Einzelkapitale wie in Bezug auf die Konkurrenz der Nationalökonomien. **Den „Verlustzuweisungen“ in der Konkurrenz folgen daher die „Schuldzuweisungen“ an Akteure der Konkurrenz auf dem Fuß.**

III.

Je mehr das Kreditwesen entwickelt ist und allgemein – national wie international - die gesellschaftliche Reproduktion des Kapitals vermittelt, desto populärer wird die Kritik am Finanzkapital und seiner Herrschaft. Man reitet darauf herum, dass es seine Profite auf Kosten von Industrie- und Handelskapital erzielt⁴; man kritisiert es für die Maßlosigkeit seines Profitstrebens und für sein Beharren darauf, dass Schulden bezahlt werden müssen ... auch in der Krise! Träumer erwarten nun, dass sich das Finanzkapital in den Dienst der Allgemeinheit stellt und Verzicht übt, also auf das Eintreiben der Schulden verzichtet, „abschreibt“ und seinen Verlust akzeptiert.

³ In welchem Umfang die BesitzerInnen von Kapital etwa in der großen Weltwirtschaftskrise 1929 ff verloren haben, dass wird an den von Piketty in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhunderts“ verarbeiteten Zahlen deutlich.

⁴ „Das Leihkapital akkumuliert auf Kosten zugleich der Industriellen und Kommerziellen.“ MEW Bd. 25, S. 519

Der Kredit und die damit verbundene Verschuldung waren aber nicht die Ursache für den letzten Konjunkturaufschwung, für die letzte Wachstumsphase an der – abhängig von der Höhe der Wachstumsrate - alle oder doch wenigstens eine Mehrheit in unterschiedlichen Umfang teilhaben konnten; er beförderte lediglich dieses Wachstum und steigerte die Überproduktion und Überakkumulation, bis die Blase platzte. Er schuf und schafft jene Kaufkraft, die die Überproduktion verdeckte!!

Die Blase dieser Überproduktion platzte nicht wegen der Maßlosigkeit und Gier des Finanzkapitals, sondern wegen der **Maßlosigkeit der Produktivkraftentwicklung**, die sich ausdrückte in maßloser Produktion von Waren mit Gebrauchswert, denen – der Ausdehnung und Überdehnung des Kredits zum trotz – keine entsprechende kaufkräftige Nachfrage gegenüber stand. Weil produzierte Waren unverkäuflich wurden, stagnierten oder sanken Einkommen aus Profit und in deren Folge Lohneinkommen. Erst in Folge dieser Entwicklung kommt es zur „Zahlungsunfähigkeit“ von Kreditnehmern, seien es WarenproduzentInnen oder LohnarbeiterInnen. Die „Schuldenlast“ ist nicht die Ursache der Zahlungsunfähigkeit von Individuen und Unternehmen, die ihr Geld durch den Verkauf von Waren verdienen!!! Daher nochmals: Ursache dafür ist der Misserfolg beim Verkauf der Waren, seien es Produktionsmittel, Konsumtionsmittel oder Ware Arbeitskraft!! Der Kredit ist nicht die primäre Einkommensquelle von WarenproduzentInnen und LohnarbeiterInnen, sondern macht nur weniger abhängig von diesen primären Einkommensquellen, dehnt also die Grenzen, in denen sich Produktion und Konsumtion bewegen!!! Damit kann der Kredit auch die tatsächliche Schwäche von Akteuren der Konkurrenz verdecken, den Eklat hinauszögern.

Diese „Zahlungsunfähigkeit“ erscheint als ein originäres Produkt der Schulden, der verlangten Tilgung und Zinszahlung. Sie wird auch ausdrücklich festgestellt als Unfähigkeit, Schulden zu begleichen! Es scheint so – oder wird unterstellt -, als blieben kapitalistische WarenproduzentInnen zahlungsfähig, wenn nur ihre Schulden gestrichen würden. Doch was wäre ein solcher Erhalt von Zahlungsfähigkeit wert? Würde sie dazu befähigen, die norme Überproduktion zu beseitigen? Wäre sie groß genug, um den Wert und Mehrwert dieser Waren zu realisieren? Ohne die Verschuldung durch Kredit, wäre die Überproduktion an Waren, die Maßlosigkeit der Produktivkraftentwicklung schon viel eher „aufgeflogen“, hätten WarenproduzentInnen und LohnarbeiterInnen schon auf einem viel niedrigeren Niveau von Produktion und Konsumtion „sparen“, also Verzicht üben müssen.

IV.

Die „Verlustzuweisungen“ innerhalb und durch die Konkurrenz provozieren „Schuldzuweisungen“, soweit man sich an die Erscheinungen der (Zirkulations-)Oberfläche der kapitalistischen Ökonomie (Konkurrenz) hält, also **in seiner Kritik beim Tauschwert und seiner Verselbständigung im Geld stehen bleibt**.

In den Betrieben wird „Missmanagement“ (falsche Produkte, Marktentwicklung verschlafen etc.) beklagt, geraten Banken ins Kreuzfeuer der Kritik, weil sie Kreditlinien kündigen usw. Große ausländische Konzern werden nicht als Kapital – als Einrichtungen für die Verwertung von Wert - kritisiert, sondern als „amerikanisches Kapital“, „englisches Kapital“ etc. sind. Es kommt zu Koalitionen, die nicht den „Klassengegensatz“ sondern die „Klassenzusammenarbeit“ befördern. Ähnliches vollzieht sich noch sehr viel brisanter und zugespitzter auf der Ebene der Konkurrenz von Nationalökonomien. Das kritisierte „Missmanagement“ betreiben hier die Regierungen der Staaten. Bei den Verlierernationen werden die Gewinnernationen angeklagt und bei den Gewinnernationen die Verlierernationen. Immer ist ein spezielles, mit Macht ausgestattetes, in der Konkurrenz agierendes Subjekt, das Verluste zuweist - oder auch ohnmächtig für Verluste verantwortlich ist - Schuld und daher vorrangiges Ziel der Anklage und Kritik. Auf allen Seiten macht sich Nationalismus breit, ein nationale Bewegung, die jede Perspektive sozialer Emanzipation unmöglich macht.

V.

Griechenland ächzt seit Jahren unter den „Verlustzuweisungen“ jener Nationalökonomien Europas, die auf Grund ihrer Erfolge in der Konkurrenz die EU beherrschen. Immer stärker erscheint die soziale Katastrophe eben als ein Produkt dieser „Verlustzuweisungen“. Auch linksreformistische und linksradikale Kritik glänzt vorzugsweise durch ihre Kritik an Troika und vor allem an „Deutschland“. Man nennt die tatsächlichen „Schweingereien“ beim Namen und erklärt dem Volk, was für eine rücksichtslose und verlogene Großmachtpolitik von der deutschen Regierung betrieben wird. Soweit, so gut und nachvollziehbar. Aber: die eigentliche Ursache der Misere wird kaum noch angesprochen:

„Griechenland“ ist überschuldet und steht vor der Zahlungsunfähigkeit, weil die griechische Warenproduktion sich im europäischen und internationalen „Wettbewerb“ nicht behaupten konnte.

Die Arbeitsproduktivität bei kapitalistischen und kleinen WarenproduzentInnen in Griechenland konnte nicht schritthalten mit der ihrer KonkurrentInnen. Die Ausdehnung von Produktion und Verkauf dieser Waren konnte daher nicht Schritt halten mit der Konkurrenz. Daraus folgte, dass die Geldeinnahmen aus dem Verkauf dieser Waren nicht ausreichten, um die zum Zweck der Produktionsausdehnung, des Wirtschaftswachstums, aufgenommenen Kredite „bedienen“ zu können. Neue Kredite mussten aufgenommen werden, um die Zinsen auf alte Kredite bezahlen zu können. Eine „Umschuldung“ folgte schließlich der nächsten.

Der Zweck dieser Umschuldungen bestand und besteht vor allem darin, Kapitalentwertung zu vermeiden oder in Grenzen zu halten. Das ist jedenfalls der Grund, warum Kreditgeber gleich welcher Art – ob Banken, Staaten oder der IWF – einem Verlierer in der Konkurrenz, dem der Bankrott droht, noch Kredite geben. Das ist sozusagen „Hilfe zur Selbsthilfe“ ... aber Selbsthilfe für die Gewinner der Konkurrenz!! Ob es der „Hilfe zur Selbsthilfe“ auf Seiten des Verlierers dient, hängt vor allem davon ab, ob das verliehene Geld auf direktem oder indirekten Wege mit Erfolg in die Entwicklung der Arbeitsproduktivität investiert wird, also die Warenproduktion konkurrenzfähig macht. Das ist aber gerade ausgeschlossen, wenn es zur Zinszahlung an die Kreditgeber verwendet werden muss, wie in Griechenland geschehen.⁵

Wenn schon keine Gelder fließen, die in die Steigerung der Arbeitsproduktivität von Warenproduktion in Griechenland fließen können, dann soll „Griechenland“ gefälligst seine übrigen „Hausaufgaben“ machen und zwar die, die kein Geld kosten, sondern Geld „sparen“ ... und zwar für die Bedienung der Schulden: also „Sozialausgaben“ kürzen etc. etc.

Die Umschuldungen wurden durch die Troika betrieben und zwar mit dem Ziel, den Verlust der privaten Gläubiger Griechenlands in Grenzen zu halten. Die wurden teilweise ausgezahlt und haben einen Teilverlust erlitten. Vor allem der griechische Staat steht jetzt bei den übrigen Staaten mit Euro, der EZB und dem IWF in der Kreide. Aus der ökonomischen Schuld ist so eine scheinbar rein politische Schuld geworden. Die Ursachen der ökonomischen Krise und deren Folgen erscheinen nun als Fragen, die durch diese oder jene Politik zu regeln sind.

VI.

Die nach 2007 einsetzende Weltwirtschaftskrise hat die Schwäche der kapitalistischen griechischen Nationalökonomie rücksichtslos aufgedeckt. Alles, was wir jetzt in der „griechischen Frage“ erleben, ist Produkt dieser Krise und der dadurch aufgedeckten Schwäche des Kapitalismus in Griechenland.

Diese Krise hat jedoch nicht nur Griechenland an den Rand des Staatsbankrottes gebracht, sondern auch einige andere Länder der Eurozone, vor allem Irland, Portugal und Spanien. Alles Länder, die nicht eben mit einer „wettbewerbsstarken“ Industrie glänzen! Die Krise hat die Staatsverschuldung

⁵ Im Übrigen würde niemand auf Seiten der Kredit gebenden Nationalökonomien wirklich wollen, dass die griechische Nationalökonomie so konkurrenzfähig wird, dass sie auf die Gewinnerseite wechselt. Schließlich ist das Wachstum in der Eurozone sehr schwach und so müsste man sich selbst auf Verlust einstellen je erfolgreicher sich die griechische Nationalökonomie in der Konkurrenz behaupten würde.

explodieren lassen, auch die der Nationalökonomien, die sozusagen gestärkt aus dieser Krise hervorgingen. Dafür haben staatliche Bankenrettungen und Konjunkturpakete gesorgt. Es gibt da einige Parallelen zur Situation nach dem 1. Weltkrieg. Der hatte auch alle kriegführenden Nationen viel Geld gekostet, das über Kredite und Anleihen besorgt wurde. England und Frankreich waren bis über beide Ohren beim amerikanischen Staat und amerikanischem Finanzkapital verschuldet, Deutschland beim „eigenen“ Finanzkapital; und Deutschland musste obendrein Reparationen zahlen. Damit Frankreich seine Schulden bezahlen konnte, war es besonders auf deutsche Reparationszahlungen angewiesen. Frankreich hatte die Hauptlast des Krieges an der „Westfront“ getragen:

„Frankreich hatte dramatische Verluste erlitten. In einem Gebiet der >>verbrannten Erde<<, das nur 4 Prozent der Landesfläche ausmachte, brachten die Deutschen es fertig, einen Schaden in Höhe von 2 bis 3 Milliarden Dollar anzurichten.“ Adam Tooze „Sintflut“ - Die Neuordnung der Welt 1916-1931, Siedler Verlag März 2015, S. 344

Von dieser Zerstörung betroffen war auch der Kohlebergbau in Nordfrankreich, eine wichtige Industrie. Für die französische Regierung gab es also gute Gründe, harte Reparationsforderungen zu stellen.

Schuldentilgung und Reparationszahlungen wurden in den 1920iger Jahren zu einem beherrschenden Thema bei der „Neuordnung der Welt“ unter wachsender Hegemonie der USA.⁶

Alle wichtigen Akteure des entstehenden „Schuldenregimes“ in den USA, England, Frankreich bestanden hartnäckig auf Begleichung der Schulden ... und überall wurde Kritik am Finanzkapital und den Finanzmärkten geübt, auch in bürgerlichen Regierungen.

So klagte der britische Finanzminister schon während der zugespitzten Situation 1919/1920 über *„die Erpressung seitens der Finanzmärkte“*. ebenda S. 443

Der französische Regierungschef Poincaré meinte Mitte der 1920iger Jahre:

„Durch ihre >>eigenen Anstrengungen<< würden seine französischen Mitbürger das >>Joch der angelsächsischen Finanz<< abschütteln.“ ebenda S. 587
usw. usf.

Je schwerer und anhaltender die „Schuldenkrise“, desto allgemeiner die Kritik am Finanzkapital, desto fruchtbarer der Boden für Nationalismus. Das haben die 1920iger Jahre gezeigt und die Gefahr wird heute immer größer.

Eine Kritik am Finanzkapital ohne Kritik der kapitalistischen Produktionsweise ist der moderne Nährboden für Nationalismus. Sie ist eine „populistische“ Kritik, die den Weg für nach innen und außen aggressive und extrem reaktionäre Formen der Klassenzusammenarbeit eröffnet – auch dann, wenn sie das nicht beabsichtigt. Soweit eine solche Kritik am Finanzkapital ohne Kritik der kapitalistischen Produktionsweise sich auf Marx beruft, handelt es sich um „Vulgärmarxismus“, der die Alltagsweisheit, wonach Geld die Welt regiert, „wissenschaftlich“ verdolmetscht.

Die **allgemeine Kapitaltheorie** von Marx, seine Kritik der Politischen Ökonomie, kam zu folgendem Ergebnis:

„Das industrielle Kapital ist die einzige Daseinsweise des Kapitals, worin nicht nur Aneignung von Mehrwert, resp. Mehrprodukt, sondern zugleich dessen Schöpfung Funktion des Kapitals ist. Es bedingt daher den kapitalistischen Charakter der Produktion; sein Dasein schließt das des Klassengegengesatzes von Kapitalisten und Lohnarbeitern ein. Im Maß wie es sich der gesellschaftlichen Produktion bemächtigt, werden Technik und gesellschaftliche Organisation des Arbeitsprozesses umgewälzt, und damit der ökonomisch-geschichtliche Typus der Gesellschaft. Die andern Arten von Kapital, die vor ihm inmitten vergangener oder untergehender gesellschaftlicher Produktionszustände erschienen, werden ihm nicht nur untergeordnet und im Mechanismus ihrer Funktionen ihm entsprechend verändert, sondern bewegen sich nur noch auf seiner Grundlage, leben und sterben, stehen und fallen daher mit

⁶ Endgültig durchgesetzt in einem großen Teil der Welt wurde diese Hegemonie erst nach dem 2. Weltkrieg. Sie war unvermeidlich auf Grund der ökonomischen Stärke und Dominanz der USA, die sich etwa seit 1916 bemerkbar machte. (vergl. Adam Tooze in seinem zitierten Buch „Sintflut“)

dieser ihrer Grundlage. Geldkapital und Warenkapital, soweit sie mit ihren Funktionen als Träger eigener Geschäftszweige neben dem industriellen Kapital auftreten, sind nur noch durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verselbständigte und einseitig ausgebildete Existenzweisen der verschiedenen Funktionsformen, die das industrielle Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre bald annimmt, bald abstreift.“ MEW Bd. 24, S. 61

Das verselbständigte Geldkapital lebt und stirbt, steht und fällt mit dem industriellen Kapital. Das ist auch durch die historische Entwicklung bestätigt.

Die kapitalistische Industrialisierung Englands war die Grundlage für seinen Aufstieg und seine Dominanz. Es war zugleich die Grundlage für die Akkumulation des Geldkapitals und die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals. So wurde London das Zentrum der „Weltfinanz“.

Die Ablösung Englands durch die USA vollzog sich auf die gleiche Weise: Wachstum der Industrie, wachsender Erfolg auf den Warenmärkten der Welt und schließlich Ablösung Londons als führendem Finanzzentrum durch die Wallstreet.

Der Aufstieg Deutschlands und Japans zu konkurrierenden Großmächten, basierte ebenfalls auf ihrer industriellen Entwicklung, auch wenn sie nie auch nur den Hauch einer Chance gehabt hatten, die Hegemonie der USA zu verhindern oder gar die USA als „Führungsmacht“ abzulösen; was im 2. Weltkrieg nachhaltig Bestätigung erfuhr!!!

Aktuell macht China eine rasante Entwicklung durch, mit einer kapitalistischen Industrie, die den Weltmarkt erobert, als Basis ... auch für eine Schwindel erregende Akkumulation von Geldkapital, das mittlerweile weltweit nach Anlage sucht. usw. usf.

Gewinner und Verlierer in der vor sich hin dümpelnden kapitalistischen Weltwirtschaft - ohne ein Wachstum, dass die Teilhabe vieler Konkurrenten ermöglichte – werden sortiert nach dem Grad ihrer Industrialisierung, nach der Konkurrenzfähigkeit ihrer Waren auf dem Weltmarkt. Eine Kritik die sich vorzugsweise an den „Schuldzuweisungen“ beteiligt, das Finanzkapital und nicht die kapitalistische Produktionsweise ins Zentrum seiner theoretischen Kritik stellt, bewegt sich selbst auf dem gefährlichen Boden, auf dem der Nationalismus blüht und hat diesem wenig entgegenzusetzen.

Für eine materialistische Kritik am Finanzkapital, die in der Kontinuität der marxischen Kritik der politischen Ökonomie steht, ist es unabdingbar die grundlegenden Zusammenhänge zwischen Wert und Tauschwert (MEW Bd. 23), zwischen den Funktionen, die das Kapital als produktives Kapital, als Warenkapital und als Geldkapital ausübt (MEW Bd. 24) und zwischen wirklichem Kapital und Geldkapital (MEW Bd. 25) zu berücksichtigen.

Robert Schlosser
Juli 2015